Danzig
und der
polnische Korridor

Von

Dr. iur. Carl Budding
Marienwerder (Westpreußen)

1. Westpreußen vor 1919
und die
Bestimmungen des Versailler Vertrages.

I. Zustand bis 1919.

Die große Landbrücke auf der alten ostwestlichen Völkerstraße längs der Ostsee zwischen Ostpreußen und Pommern bildete bis 1919 die preußische Provinz Westpreußen. Westpreußen gehörte vor seiner Vereinigung mit Preußen im Jahre 1772 etwa 200 Jahre zu Polen. Es ist aber altes deutsches Land, durch den Deutschen Ritterorden — jene bewundernswerte Organisation, deren Stoßkraft auf der seltsamen Synthese geistlicher, militärischer und politischer Elemente beruhte — dem Deutschtum gewonnen und zu kulturellem Leben und wirtschaftlicher Blüte entwickelt. Hauptstadt der Provinz Westpreußen bis 1919 war Danzig, das 1793 zu Preußen gekommen war, auch dies eine deutsche Schöpfung, als Niederlassung deutscher Kaufleute zu einer Zeit gegründet, als das umgebende Land nicht zu Polen gehörte, sondern einen selbständigen, von einem eingeborenen Herrscherhause regierten Staat, Pommerellen genannt, bildete. Danzig blieb auch deutsch, als es zeitweise in Personal-

union mit Polen verbunden wurde. Es hat seine Selbständigkeit auch während dieser Zeit (1466 bis 1793) energisch und erfolgreich verteidigt und nur den polnischen König als seinen Schutzherrn anerkannt, ohne einen Teil des polnischen Staates zu bilden.

Seit 1793 war zwischen Danzig und dem übrigen Westpreußen auch staatsrechtlich die Vereinigung hergestellt, die geopolitisch gegeben war: Westpreußen als Weichselland, durch die Weichsel geopolitisch, wirtschaftlich und verkehrsgeographisch bestimmt — der Strom dabei nicht als trennendes, sondern als verbindendes Element wirkend — und Danzig als das Tor der Weichsel zur Ostsee. Dies war der Zustand bis 1919.

II. Die Zerreißung Westpreußens durch den Versailler Vertrag.

Diese Einheit hat der Versailler Vertrag zerrissen. Er hat die Provinz Westpreußen in vier Teile zerlegt. Der Hauptteil mit rd. 16 000 von rd. 25 500 qkm, also $^{3}/_{5}$ des Gebietes, kam zu Polen. Er bildet den heute sogenannten „polnischen Korridor", wobei der Ausdruck „Korridor" auf ein künstliches Gebilde deutet, das nur als Durchgang dienen soll, nicht um seiner selbst willen da ist. Zwei schmale Randbezirke blieben deutsch: die früheren westpreußischen Teile der heutigen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen westlich und der heutige Regierungsbezirk Westpreußen östlich des Korridors. Den Rest bildet die Neuschöpfung „Freie Stadt Danzig".

a) Die freie Stadt Danzig: Entstehung; staats- und völkerrechtliche Stellung. Ziel der polnischen Bestrebungen in den Pariser Verhand-

lungen, die dem Vertrag von Versailles vorangingen, war, Danzig als einen Teil des neugeschaffenen polnischen Staates zu erhalten. Dank dem energischen Widerstand der englischen Delegation unter Führung Lloyd Georges wurde dieser Wunsch vereitelt und die Stadt Danzig mit einem gewissen ländlichen Gebiet (insgesamt etwa 1 900 qkm) zu einem selbständigen Staat als „Freie Stadt Danzig“ geschaffen. Polnischerseits hat man versucht, unter Berufung auf die dem polnischen Staat im Gebiete der Freien Stadt Danzig gewährten besonderen politischen und wirtschaftlichen Rechte, die Freie Stadt Danzig als eine mit gewissen autonomen Rechten ausgestattete polnische Stadt zu behandeln. Demgegenüber ist von Danziger Seite von vornherein der Standpunkt vertreten worden, daß es sich um einen selbständigen Staat handelt, dem lediglich zugunsten eines anderen Staates gewisse servitutenartige Verpflichtungen auferlegt sind. Dieser Standpunkt kann sich auf den Notenwechsel zwischen Deutschland und den Alliierten stützen, der den Abschluß des Vertrages von Versailles begleitete. Aus ihm geht einwandfrei hervor, daß die Freie Stadt Danzig zwar von dem Deutschen Reich abgetrennt werden, also nicht mehr einen Teil des Deutschen Reiches bilden, daß sie aber andererseits keinen Teil des polnischen Staates bilden sollte. Wenn sie also weder zu Deutschland noch zu Polen gehört, kann sie lediglich ein selbständiger Staat sein.

Allerdings gibt die durch Artikel 100 ff. des Versailler Vertrages getroffene Lösung zu Mißdeutungen Anlaß. Irreführend ist schon die Bezeichnung „Freie Stadt“, da es sich nicht lediglich um eine Stadt handelt, sondern um ein Gebiet, dessen über 400 000 Einwohner zählende Bevölkerung nur zu

270 000 städtisch und zu 140 000 ländlich ist. Wirtschaftlich und wirtschaftsgeographisch unnatürlich ist auch die Grenze gezogen: Aus militär-politischen Gründen ist der südlich Danzigs gelegene wichtige Eisenbahnknotenpunkt und Weichselübergang Dirschau zu Polen geschlagen worden, obwohl er sowohl seiner Bevölkerung wie seiner wirtschaftlichen Tendenz nach zu Danzig gehört hätte. Mißdeutend, aber kein Beweis gegen den Charakter Danzigs als selbständiger Staat ist die Bestimmung des Versailler Vertrages, daß Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes steht. Sie bedeutet nach einer vom Völkerbund selbst gegebenen Definition nur, daß Danzig bei Bedrohungen seiner territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit genau so wie die Mitgliedstaaten des Völkerbundes, also z. B. Deutschland, behandelt werden soll. Ebensowenig beweisen die erwähnten besonderen Rechte Polens in Danzig: Zoll- und Wirtschaftsunion zwischen Danzig und Polen; bestimmte Rechte im Danziger Hafen; schließlich das Recht (nach polnischer Ansicht) oder die Pflicht (nach Danziger Auffassung), die Führung der auswärtigen Angelegenheiten des neuen Staates sicherzustellen.

Der Künstlichkeit der von ihnen geschaffenen Lösung scheinen sich, was für die Beurteilung der völkerrechtlichen Stellung Danzigs beachtlich ist, die Väter des Versailler Vertrages von vornherein bewußt gewesen zu sein, da sie in Erwartung der dauernden Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen, zu denen diese Lösung führen mußte, einen besonderen Schiedsrichter zur Schlichtung eingesetzt haben, den „Hohen Kommissar des Völkerbundes" in Danzig. Dieser ist, wohlgemerkt, lediglich Schiedsrichter und hat mit der Verwaltung des sich

völlig selbstregierenden Freistaates nichts zu tun.

b) Der Korridor. Während bei Danzig, trotz dieser Unvollkommenheiten der Lösung, immerhin durch die Nichtvereinigung mit Polen dem deutschen Charakter des Gebietes Rechnung getragen wurde, ist das Korridorgebiet unter offenbarer Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung, jenes Wilson'schen Grundsatzes, ohne Befragung der Bevölkerung zu Polen geschlagen worden. Daß das Selbstbestimmungsrecht verletzt worden ist, wird offenbar, wenn man die Zusammensetzung der Bevölkerung im Augenblick der Abtrennung untersucht.

2. Die ethnische Zusammensetzung 1919 und jetzt.

Die ethnischen Grenzen des „Korridors".

An einer Untersuchung der ethnischen Grundlagen kann man bei einer Behandlung des Danzig-Korridor-Problems schon deshalb nicht vorbeigehen, weil der ethnographische Gesichtspunkt einer der beiden für die Schaffung einer territorialen Verbindung Polens mit der Ostsee entscheidenden Faktoren war. Der 13. von Wilsons 14 Punkten forderte für den zu errichtenden Polnischen Staat, außer einem „freien und sicheren Zugang zum Meere", daß er die Gebiete umfassen solle, die bewohnt seien von „unbestreitbar polnischer Bevölkerung". Eine territoriale Lösung lag, wie wir jetzt wissen, Wilson fern. Da sie trotzdem, gegen seinen ursprünglichen Willen, getroffen wurde, verstehen wir heute unter dem Begriff „Korridor" — einem Begriff, der längst, zum Leid-

wesen der polnischen politischen Publizistik, zum Bestandteil der internationalen Diskussion geworden ist — die Gebietsteile, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt sind. Das ist von Bedeutung für die territoriale Abgrenzung des Korridorbegriffs: seine Südgrenze muß demnach eine ethnographische sein. Sie umschließt, außer dem an Polen abgetretenen Gebiet der früheren Provinz Westpreußen, im wesentlichen den südlich anschließenden, früher zur Provinz Posen gehörenden Netzegau mit dem Mittelpunkt Bromberg und fällt ziemlich genau mit der Grenze von 1772 zusammen. Bezeichnend für die Einheit dieses Gebietes ist der Beschluß der Polnischen Republik, die Stadt Bromberg und 4 Nachbarkreise im Netzegau von der Wojewodschaft Posen abzutrennen und Pommerellen anzugliedern.

I. Der Zustand von 1919.

a) Die Bevölkerung im ganzen abgetretenen Gebiet (einschließlich Danzig). Die Bevölkerung in dem so umgrenzten Gebiet war 1919 eine Mischbevölkerung, wie die der meisten Grenz- und Kolonisationsgebiete. Ihre Hauptbestandteile bildeten Deutsche, Polen und Kaschuben. Die Kaschuben sind nach Rasse und Sprache Slawen, aber keine Polen, haben auch in ihren politischen Sympathien niemals auf polnischer Seite gestanden. Lediglich aus Gründen konfessioneller Zugehörigkeit, als gläubige Katholiken und in Auswirkung der früheren verfehlten preußischen Polenpolitik und des Kulturkampfes haben sie vor dem Kriege in den sechs nördlichen Kreisen polnische Abgeordnete in den Reichstag gewählt.

Nach der letzten deutschen Volkszählung von 1910 befanden sich

im	Deutsche	Polen	Kaschuben	Zweisprachige
Freistaat Danzig	315 281	9 491	2 124	3 021
Ehemaligen Westpreußen	378 424	347 238	104 317	11 829
Netzegau	191 014	112 974	–	2 630
Korridorgebiet zusammen:	884 719	469 703	106 441	17 480

Es bestand also in dem ganzen Gebiete eine absolute, bei Herausnahme des heutigen Freistaates Danzig (der aber geopolitisch mit Pommerellen eine Einheit bildete) eine relative deutsche Mehrheit.

Von „unbestreitbar polnisch" konnte also damals keine Rede sein.

b) Die Bevölkerung des Gebietes der „Freien Stadt Danzig" 1919. Andererseits war das Gebiet der heutigen Freien Stadt Danzig zur Zeit seiner Abtrennung vom Deutschen Reiche unbestreitbar deutsch. Es umfaßte etwa 330 000 deutsche und nur etwa 15 000, also knapp 5 %, polnische Einwohner.

Die nackten Zahlen geben indessen nur ein unvollkommenes Bild, das erst vollständig wird, wenn man die Verteilung der einzelnen Bevölkerungsbestandteile (Deutsche, Polen, Kaschuben) innerhalb des Gebietes und ihre Bedeutung für das Gebiet mit in Rechnung stellt. Dabei zeigt sich, daß die slawische Bevölkerung, selbst bei Außerachtlassung der Verschiedenheit zwischen Kaschuben und Polen, in keiner unmittelbaren Verbindung mit den kernpolnischen Teilen des heutigen Polenreiches steht, sondern daß sie rings von Gebieten mit überwiegend oder ganz deutscher Bevölkerung

umschlossen ist, während umgekehrt zwischen Ostpreußen und dem deutschen Mutterlande eine starke deutsche Brücke von der Linie Schneidemühl—Kolmar über Bromberg nach Thorn, dann die Weichsel abwärts und nach Osten in den heutigen Regierungsbezirk Westpreußen hinein geht und auch im Nordteil des Korridorgebietes, an der See, eine schmale deutsche Zunge sich vorlagert, der sich südlich zunächst nicht der polnisch bevölkerte Teil, sondern die Kaschubei anschließt. Der slawische Teil der früheren Provinz Westpreußen erscheint somit richtig als eine „Insel". Diese Insel ist aber der unfruchtbarste Teil des Landes, im wesentlichen von Wald und Heide bekleidet, daher auch am dünnsten besiedelt.

Ergänzt wird dieses Bild durch die Bedeutung, die das deutsche Element wirtschaftlich und kulturell im heutigen Korridorgebiet hatte: es war in dieser Beziehung durchaus führend, der Grundbesitz bis zu 80 % in deutscher Hand (die slawischen Einwohner dagegen vorwiegend Tagelöhner oder Wanderarbeiter); ebenso war deutsch die Mehrheit der gewerblichen und der Handelsbetriebe in den Städten. Die deutsche Schicht gab dem Lande seine Steuerkraft, sie war auch kulturell die herrschende und allein den Charakter des Landes bestimmende.

Die ganze Diskussion über die derzeitige Korridorlösung, die polnischerseits gerade als in erster Linie ethnographisch, erst in zweiter Linie auch historisch und wirtschaftlich bedingt verteidigt wird, gerät auf ein völlig falsches Geleise, wenn man jene Tatsachen zur Zeit der Abtretung mißachtet und von dem heutigen Stande der Dinge ausgeht, der allerdings ein wesentlich anderer ist.

II. Entwicklung seit der Abtretung.

a) Im Korridor (ohne Danzig). Polen hat versucht und verstanden, die ihm unbequemen ethnischen Tatsachen zu seinen Gunsten abzuändern. Der mit der Abtretung naturnotwendig verbundenen Abwanderung des deutschen Elementes, soweit es sich im öffentlichen Dienst befand (Beamte, Lehrer, Militär), hat es durch eine systematische Entdeutschungspolitik nachgeholfen, die zum Teil mit unmittelbarem Zwang (Optantenvertreibungen, Zwangsliquidationen, einseitige Durchführung der Agrarreform, Entziehung der Konzession für Gastwirtschaften usw.), zum größeren Teil mit mittelbarem Druck arbeitet. Ein erschütterndes Bild hiervon gibt die kürzlich erschienene Veröffentlichung von Dr. H. Rauschning „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik.“ Welche Erfolge die polnische Entdeutschungspolitik gehabt und welchen Umfang die Verminderung des deutschen Elementes im Korridor angenommen hat, läßt sich infolge einer Reihe von Schwierigkeiten nur annäherungsweise zahlenmäßig ermitteln. Die vorhandenen polnischen Zählungen werden, selbst wenn man sie nicht für gefärbt halten wollte, vielfach durch die wirtschaftliche Abhängigkeit der im Korridor verbliebenen deutschen Bevölkerung von polnischen Faktoren beeinflußt sein. Für diese Vermutung spricht die — übrigens auch in Deutschland beobachtete — Tatsache, daß bei den polnischen Wahlen in Pommerellen mehr Stimmen für die deutsche Liste abgegeben worden sind, als nach der polnischen Zählung deutsche Wahlberechtigte vorhanden waren. Daneben müssen allerdings auch eine Anzahl Polen und wohl namentlich Kaschuben ihre Stimmen den deutschen Listen gegeben haben, ein wich-

tiges Zeichen für die Gerechtigkeit der deutschen Sache und ein Ausdruck des Wunsches, wieder unter die deutsche Herrschaft zurückzukehren.

Nach der Rauschning'schen Berechnung, die sich nicht auf das eigentliche Korridorgebiet beschränkt, sondern Posen mit umfaßt, war die deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten, die 1910 (letzte deutsche Volkszählung) 1,1 Millionen betrug, bereits 1921 um 54 % mit rd. 600 000 und im Jahre 1926 um 69 % mit rd. 760 000 zurückgegangen, somit auf 31 %, also noch nicht 1/3 ihres früheren Bestandes. Hiervon hat sowohl prozentual als auch absolut den stärksten deutschen Verlust, entsprechend dem erheblich stärkeren polnischen Druck, Pommerellen aufzuweisen, in dem nach polnischer halbamtlicher Angabe der deutsche Anteil am 1. Januar 1928 nur noch 11,3 % ausmachte. Naturgemäß ergeben sich bei der Betrachtung im einzelnen bedeutende Unterschiede. Die höchsten Verluste weisen die Städte auf (Bromberg, Graudenz, Thorn); auf dem flachen Lande ist der polnische Druck besonders stark und planmäßig in den stark deutsch besiedelten Gebieten Pommerellens angesetzt worden.

b) In der freien Stadt Danzig. Polen hat sich nicht damit begnügt, das eigentliche Korridorgebiet zu polonisieren, sondern sucht auch in ständig steigendem Maße das deutsche Danzig polnisch zu durchdringen. Auch hier ist es nicht ganz leicht, völlig zuverlässige Unterlagen zu gewinnen. Nach dem Ergebnis der Wahlen zum Danziger Volkstag scheint sich das Verhältnis in den letzten Jahren, was die (allein wahlberechtigten) Danziger Staatsangehörigen anbetrifft, gegenüber dem Stande von 1919 verbessert zu haben, indem bei den letzten

Volkstagswahlen unter 120 Abgeordneten lediglich 3 Polen gewählt wurden, was einem Satz von $2^1/_2$ (gegen früher 5) Prozent entspricht. Bei Beurteilung der ethnischen Zusammensetzung der Danziger Bevölkerung ist aber zu beachten, daß außer den Danziger Staatsangehörigen polnischer Zunge sich noch eine Anzahl polnischer Staatsangehöriger: polnische Staatsbedienstete, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter in Danzig aufhält, die auf etwa 22 000 (gegenüber etwa 9 000 sonstigen Ausländern im Freistaatsgebiet) geschätzt wird. Darunter befinden sich über 2 000 polnische Hausangestellte, deren Zahl ebenso wie die sonstiger polnischer Berufstätiger in abhängiger Stellung (z. B. Lehrlinge) in ständigem Wachsen ist, da sie durch größere Bescheidenheit in ihren Forderungen, Anspruchslosigkeit in der Lebensführung und leichtere Bereitwilligkeit zu untergeordneten Diensten das deutsche Element verdrängen. Einen bedeutenden Anteil an der Gesamtzahl der polnischen Staatsangehörigen haben die sich auf etwa 1 000 belaufenden polnischen Staatsbediensteten: Beamte der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig, der polnischen Eisenbahndirektion, der polnischen Post, polnische Zollinspektoren, polnische Hafenausschußbeamte u. a.. Polen hält ganz offensichtlich die Zahl der Staatsbediensteten in Danzig unter allerlei Vorwänden möglichst hoch, um das polnische Element in Danzig zu stärken.

Diese Tatsache hat auch der Bevölkerungsbewegung innerhalb der Stadt Danzig eine gegen früher grundsätzlich andere Richtung gegeben. Auch früher kamen nach Danzig polnischsprechende Personen, die aber im Laufe der Zeit zwanglos, aus Gründen des besseren wirtschaftlichen Fortkommens, in

dem deutschen Volkstum aufgingen. Es war ein rein wirtschaftlicher Vorgang, gegen den vom deutschen Standpunkt aus nichts einzuwenden war. Derselbe allmähliche Prozeß würde sich auch jetzt vollziehen, wenn nicht die genannten polnischen Dienststellen in Danzig, an ihrer Spitze die polnische Eisenbahndirektion, bewußt auf eine Erhaltung und Stärkung des polnischen Elementes hinarbeiteten. An sich bestanden in Danzig 2 Eisenbahndirektionen, die eine für das Freistaatgebiet, die andere für Pommerellen. Polen hat aus politischen Gründen beide zu einer vereinigt, um mit ihrer Hilfe systematisch polonisieren zu können. Die polnische Eisenbahndirektion zwingt die Kinder der Eisenbahnbediensteten in die polnische Minderheitsschulen und die Erwachsenen in die polnischen Vereine. Ueber beides wird noch zu sprechen sein.

Die Methoden Polens, die bei der Abtrennung der Gebiete vorhandenen ethnischen Tatsachen zu seinen Gunsten zu korrigieren, passen sich jeweils den Verhältnissen an: während im Korridor wirtschaftliche Mittel (Zerschlagung des deutschen Grundbesitzes, Vernichtung des deutschen Gewerbes in den Städten usw.) im Vordergrund stehen, wird in der kulturell höher entwickelten Stadt Danzig das Schwergewicht auf das kulturelle Vordringen gelegt. Andererseits wird diese polnische Durchdringungspolitik ergänzt im Korridor durch systematische Unterdrückung der deutschen kulturellen Einrichtungen und gegenüber Danzig durch die wirtschaftliche Umklammerung von Gdingen und Dirschau her. Wirtschaftliche und kulturelle Folgen des jetzigen Zustandes greifen also ineinander.

3. Wirtschaftliche und kulturelle Folgen der neuen Grenzziehung.

I. Für Danzig.

a) Kulturelle Entwicklung.

Während im Korridorgebiet die durch die Abtrennung von Deutschland ausgelösten Kräfte mehr unter der Oberfläche wirken, liegen in Danzig die Folgen greifbar vor Augen. Danzigs wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Leistung hat von jeher auf dem wirtschaftlichen und geistigen Austausch zwischen Danzig und der deutschen Nation beruht. Auch heute nach der Abtrennung findet eine dauernde gegenseitige Berührung und Beeinflussung statt. Diesen Rückhalt braucht Danzig namentlich, um kulturell die Höhe behaupten zu können, die es als deutscher Vorposten behaupten muß. Die kulturellen und sozialen Einrichtungen, die Danzig einst, als reiche Hansestadt aus eigener Kraft, dann, in preußischer Zeit, dank der Förderung, die es als Provinzialhauptstadt erfuhr, sich leisten konnte, kämpfen, nachdem es auf sich selbst gestellt, der Zusammenhang mit Deutschland und namentlich auch mit dem deutschstämmigen Teil seines früheren westpreußischen Hinterlandes gelockert ist, schwer um ihre Existenz. Das Theaterwesen, die Museen und die Technische Hochschule sind davon besonders betroffen.

In die Mauer der alten deutschen Kultur versucht das Polentum Bresche zu schlagen. Es schafft sich in steigendem Maße eine kulturelle Position nach der anderen und sucht ein neues Kulturlager neben dem deutschen aufzubauen. Alle polnischen Kulturanstalten entwickeln sich zusehends, vom Kinder-

garten bis zum privaten Gymnasium, zumeist allerdings mit Hilfe der vorhin erwähnten zahlreichen Polen, die nicht Danziger Staatsangehörige sind, in erster Linie der Bediensteten der verschiedenen polnischen Behörden in Danzig. Sie verfügen über ein entwickeltes Vereinswesen mit starkem Mitgliederbestand. Es gibt in Danzig an sozialen und wissenschaftlichen Vereinen allein 9, an sogenannten unpolitischen Vereinen 21, an Gesang- und sonstigen musikalischen Vereinen 12, an Berufsvereinen 11, an studentischen Vereinigungen 12, an sogenannten Sportvereinen 5, an militärischen Vereinen 3 und an sonstigen Vereinen 11, im ganzen 84. Während die Tätigkeit der Vereine sich dem Beobachter im allgemeinen entzieht, wirbt eine polnisch geleitete und finanzierte Presse in Danzig mit 3 Zeitungen, von denen eine aus Propagandarücksichten in deutscher Sprache erscheint, für die polnische Sache. Ferner gibt es 5 polnische Buchhandlungen in Danzig.

Den wichtigsten Faktor stellt das polnische Schulwesen dar. Auch dessen kräftigste Träger sind die polnischen Staatsbediensteten. Die Einschulung der Kinder Danziger Staatsangehöriger mit polnischer Abstammung oder Muttersprache geschieht auf Grund eines Gesetzes, das sich an die entsprechenden deutschen Gesetze anlehnt. Danach ist die Erklärung der Erziehungsberechtigten entscheidend, daß der Vater oder die erziehungsberechtigte Mutter polnischer Abstammung oder Muttersprache ist. Die Kenntnis der polnischen Sprache ist für die Einschulung der Kinder nicht erforderlich. Zurzeit bestehen im Danziger Staatsgebiet für die polnische Minderheit 3 öffentliche Schulen mit zusammen 13 Klassen, in welchen von 10 Lehrern und

3 Lehrerinnen etwa 400 Schüler unterrichtet werden; ferner sind 22 Schulklassen für etwa ebenso viel Kinder an Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache angegliedert. Von den etwa 16 000 Danziger Staatsangehörigen polnischer Muttersprache werden also etwa 800 Kinder in die Minderheitsschulen und -klassen geschickt. In diesen Schulen und Klassen ist Polnisch Unterrichtssprache in allen Unterrichtsgegenständen. Deutsch als Unterrichtsfach wird vom 3. Schuljahr mit wöchentlich 5 Stunden erteilt.

Außer diesen öffentlichen Schulen für die Kinder Danziger Staatsangehörigkeit gibt es noch 3 private polnische Schulen, die auch polnischen Staatsangehörigen zugänglich sind: das polnische Gymnasium mit etwa 460 Schülern und die private polnische Volksschule mit etwa 80 Schülern. Insgesamt besuchen also etwa 540 Kinder die privaten polnischen Bildungsstätten, eine Zahl, die im Zusammenhang mit der Zahl von etwa 1 000 polnischen Staatsbediensteten in Danzig besonders interessant ist. Zur weiteren Fortbildung der polnischen Jugend dient ferner eine private polnische Handelsschule mit etwa 80 Schülern.

Eine sehr bedeutende Rolle spielen die polnischen Kindergärten. Sie werden von polnischen Dominikanerschwestern geleitet, die vor einigen Jahren ohne die nach Danziger Ordensgesetzgebung erforderliche staatliche Genehmigung nach Danzig gekommen sind und ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Die Danziger Staatsregierung hat auf ihre Ausweisung, zu der sie berechtigt gewesen wäre, verzichtet.

Die gesamten polnischen Schuleinrichtungen werden von einer Spitzenorganisation betreut, der sogenannten „polnischen Schulmutter“. Sie hat bezeichnender-

weise ihren Sitz in der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig. Die Mittel, die ihr zur Verfügung gestellt werden, in erster Linie wohl von den polnischen staatlichen Stellen, sind sehr erheblich; sie betrugen im Jahre 1929 600 000 Danziger Gulden, Für die Zusammenkünfte der polnischen Vereine steht ein besonderes, von der polnischen Regierung überlassenes Haus, das sogenannte „Dom Polski“ zur Verfügung. Auch für die Unterbringung der polnischen Studenten an der Danziger Technischen Hochschule (etwa 500 bei einer Gesamtzahl von 1 700) hat die polnische Regierung ein besonderes Gebäude eingerichtet.

Die weite Verzweigtheit der polnischen Einrichtungen in Danzig kann indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die polnische Kulturpropaganda in Danzig ein rein künstliches Gewächs ist. Selbst der starke Druck, den insbesondere die Eisenbahndirektion und die anderen polnischen Behörden auf ihre Bediensteten üben, hat nicht vermocht, den polnischen Schul- und sonstigen Einrichtungen einen Besuch zuzuführen, der annähernd der in Danzig zurzeit vorhandenen Zahl polnischer Staatsangehöriger und Danziger Staatsangehöriger polnischer Muttersprache entspricht. Kulturell hat das Polentum in Danzig nirgends moralische Eroberungen gemacht, nicht zuletzt infolge der Haltung der Arbeiterschaft, die fest an deutscher Art und Sitte und Sprache hält und ihre Ueberlegenheit gegenüber polnischen Lebensgewohnheiten nicht aufgibt.

b) Wirtschaftliche Entwicklung. Das wirtschaftliche Bild ist bei weitem weniger erfreulich. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Schaffung eines selbständigen Danziger Freistaates haben im Laufe der Zeit gewechselt. Zunächst

erwartete man, daß es in Anbetracht der danzig-polnischen Zollunion möglich sein würde, in Danzig unter dem Schutz des stark protektionistischen polnischen Zolltarifs eine Industrie zur Versorgung des gemeinsamen Zollgebietes ins Leben zu rufen. Diese Hoffnung hat aber getäuscht, da der Bedarf des polnischen Zollgebietes an industriellen Produkten verhältnismäßig gering ist und durch die eigenen Fabriken Polens hinreichend befriedigt werden kann.

Eine ganz bedeutsame Aenderung in der Wirtschaftslage Danzigs brachte dann die Errichtung eines eigenen polnischen Hafens in Gdingen. Als man das Danziger Gebiet vom Deutschen Reiche abtrennte und als Freie Stadt konstituierte, um dem neuerrichteten Polnischen Staat den „freien Zugang zum Meere" zu geben, gingen die alliierten und assoziierten Mächte von der Erwartung aus, daß diese polnische Neuregelung auch den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung Danzigs gerecht werden und für die Zukunft förderlich sein würde. Eine Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 15. August 1921 stellte ausdrücklich fest, daß die polnische Regierung verpflichtet sei, den Hafen von Danzig voll auszunutzen, welche anderen Häfen sie in Zukunft auch an der Ostseeküste errichten möge. Ueber diese Entscheidung hat sich die polnische Regierung glatt hinweggesetzt. Wohl hat sich der Schiffsverkehr im Danziger Hafen bis 1927 gegenüber 1912 etwa vervierfacht. Aber nicht zum wirtschaftlichen Vorteil Danzigs. Danzig war vor dem Kriege das Ideal eines in Ausfuhr und Einfuhr ausgeglichenen Hafens mit dem Verkehr hochwertiger Güter, dessen Umschlag und Handel in der Hand des Danziger Kaufmanns lagen. Die Hafeneinrich-

tungen Danzigs waren dem angepaßt und konnten diesen Verkehr mühelos bewältigen. Diese harmonische Einheit zwischen Danziger Hafen und Danziger Handel hat die Nachkriegszeit zerstört. Bei der Mehrzahl der Umschlagsgüter hat der Danziger Einzelhandel seine führende Stellung verloren. Der Danziger Hafen ist vom Handelshafen zum Speditionshafen herabgesunken. Die zahlenmäßige Vervierfachung seines Warenverkehrs beruht auf einer außerordentlichen Zunahme des Verkehrs geringwertiger Massengüter, insbesondere der Kohlenzufuhr, deren Umschlag dem Danziger Handel keinen Nutzen bringt. Die immer schärfer werdende Konkurrenz Gdingens gegen den Danziger Hafen, die mit allen Mitteln staatlicher polnischer Unterstützung betrieben wird und künstlich immer weitere Handelszweige von Danzig nach Gdingen ablenkt, hat die Danziger Regierung vor kurzem veranlaßt, in dieser Frage einen Antrag auf Entscheidung an die Völkerbundsinstanzen zu richten ,von denen festgestellt werden soll, daß Polen in erster Linie verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Schon jetzt hat der Niedergang des Handels und die Unmöglichkeit, die Industrie im alten Umfange zu erhalten, ein dauerndes Steigen der Arbeitslosenzahl in Danzig zur Folge, die neuerdings auch während der Sommermonate nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang zeigt.

c) Danzigs heutige Lage und Entwicklungsaussichten. Mit diesen Tatsachen ist die heutige wirtschaftliche Lage Danzigs, die naturgemäß auch seinen sozialen und kulturellen Stand bestimmt, umschrieben. Ihre künftige Gestaltung ist auch entscheidend für die Entwicklungsaussichten des Wirtschaftszentrums „Freie Stadt Dan-

zig". Sie werden abhängen davon, welche Richtung die polnische Wirtschaftspolitik in Zukunft nimmt, ob sie stetig bleibt und es dem Danziger Handel ermöglicht, über die Grenzen des polnischen Hinterlandes hinaus seine Wirtschaftsinteressen, seiner geographischen Lage entsprechend, zu verfolgen, und schließlich davon, daß Polen den Danziger Hafen bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ausnutzt. Nur wenn der Völkerbund sich aufrafft, dafür eine bindende Gewähr zu geben, hat Danzig noch eine Zukunft.

Das ganze Danziger Problem ist nur zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß es, bei Licht betrachtet, nicht ein wirtschaftliches, als welches es sich äußerlich gibt, sondern ein politisches ist. Auch die wirtschaftliche Schöpfung Gdingen dient nur dazu, durch wirtschaftlichen Druck Danzig politisch dem Willen Polens gefügig zu machen.

II. Wirtschaftliche und kulturelle Folgen für das Korridorgebiet.

In erhöhtem Maße gilt dies für das Korridorgebiet. Hier haben die oben behandelten Veränderungen der ethnographischen Struktur dieses Gebietes (Verminderung der deutschen Bevölkerung um etwa zwei Drittel, unter gleichzeitigem Nachdrängen ostpolnischer Elemente, namentlich in die amtlichen Stellungen) und andererseits seine Verknüpfung mit den völkisch, wirtschaftlich und kulturell ganz anders gearteten und tiefer stehenden übrigen Gebieten des neuen Polenreiches zusammengewirkt. Das Ergebnis ist ein Absinken des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus auf den Stand von Kongreßpolen und Galizien.

Es äußert sich einmal in einem Absinken der gesamten Lebenshaltung. Löhne und Gehälter sind geringer geworden, mit ihnen die Kaufkraft. Die ganze soziale Gesetzgebung steht im wesentlichen auf dem Papier, einfach weil die Geldmittel fehlen, um die gesetzlichen Leistungen zu erfüllen. Jeder technische Fortschritt in Landwirtschaft und Gewerbe ist unterbunden. Das Vorgehen gegen die deutschstämmige Bevölkerung auf allen Gebieten, mit oder auch ohne gesetzliche Handhabe (durch Zwangsenteignungen, Konzessionsentziehungen und dergl.) hat einen allgemeinen Zustand der Rechtsunsicherheit erzeugt. Dies tritt äußerlich nicht immer in Erscheinung, da durch Militärgewalt, Polizei und Pressezensur das Land in Schach gehalten wird.

Wie in wirtschaftlicher Beziehung, so drückt auch auf den kulturellen Zustand Pommerellens das Bleigewicht der Rückständigkeit der übrigen polnischen Landesteile. Die polnischen öffentlichen Schulen sind in ihren Leistungen heruntergegangen und halten keinen Vergleich aus mit dem früheren deutschen Schulwesen. Die deutschen Schulen, die das Niveau noch halten, sind dank der polnischen Minderheitenschulpolitik in ständigem Rückgang begriffen. Von der Gesamtzahl der deutschen Volksschüler in Pommerellen gingen im Schuljahr 1929/30 in d e u t s c h e Unterrichtsbetriebe nur 33,3 %. Im Jahre 1924/25 waren es noch an 60 %, in 5 Jahren also ein Rückgang um fast die Hälfte. Welchen Verlust diese radikale Beschneidung des d e u t s c h e n Kulturwesens für den G e s a m t bildungsstand im Korridorgebiet, in dem, wie oben ausgeführt, das deutsche Element die führende Schicht bildete, bedeuten muß, liegt auf der Hand.

Verkehrsschäden.

Ein besonderes Kapitel bildet der Korridor als Verkehrsproblem. In dieser Beziehung hat die Abtrennung, die willkürliche Zerreißung des Bestehenden, geographisch Gegebenen, ihre unmittelbarste Wirkung geäußert. Nicht nur die vorhandenen Verkehrseinrichtungen sind entwertet, sondern auch Zukunftsentwicklungen in unschätzbarem Maße abgeschnitten worden. Zerreißung der großen Quer-(Westost-)Verbindungen, ohne genügenden Ersatz durch Längs-(Südnord-) Verbindungen, kennzeichnen die Verkehrslage seit Schaffung des Korridors.

a) Wasserstraßenverkehr. Das gilt vor allem von den Wasserstraßen und ihrem Rückgrat, dem Weichselstrom. Die Verkehrszahlen der Vorkriegszeit zeigen, daß die Weichselschiffahrtsstraße nie eine Rolle als Vermittlerin des Südnordverkehrs, des Verkehrs also zwischen Kongreßpolen und dem Meere gespielt hat, sondern nur als unersetzbares Bindeglied in westöstlicher Richtung, zwischen West- und Ostdeutschland. Der von Friedrich dem Großen schon im Jahre 1774 erbaute Netzekanal, der das Weichselgebiet mit dem Oderstromgebiet verbindet, bildete das Rückgrat der Weichselschiffahrt. Heute ist er verschlickt, seine Verbreiterung auf eine Tragfähigkeit für Schiffe von 1000 Tonnen ist durch die Abtrennung des Korridorgebiets nicht zur vollen Ausnutzung gekommen. Der Schiffahrtsverkehr auf der Weichsel, die durch die Verbindung mit Oder, Spree und Elbe zu einer Hauptverkehrsader von Westen nach Osten bis Danzig, Marienburg und tief nach Ostpreußen hinein hätte werden können, wenn die Entwicklung ihren normalen Verlauf genommen hätte, stellt heute nur noch einen Notbehelf dar, der eingeschaltet wird, wenn

das Bahnnetz oder das Wagenmaterial der Bahn nicht ausreicht: eine örtliche Angelegenheit ohne länderverbindende Bedeutung.

b) Eisenbahnverkehr. Im Eisenbahnverkehr scheint dies weniger augenfällig. Die reinen Verkehrszahlen geben aber auch hier, ähnlich wie im Danziger Hafenumschlag, ein falsches Bild. Der starke Aufschwung des Südnordverkehrs durch den Korridor hat erst im Jahre 1926 eingesetzt, als Folge der durch den englischen Bergarbeiterstreik geschaffenen Kohlenexportkonjunktur und des Beginns des Zollkrieges gegen Deutschland. Die Verkehrszahlen beweisen das ganz deutlich. Bei Wiedereintritt normaler wirtschaftlicher Verhältnisse und Wegfall der künstlichen Forcierung durch die polnische Zollpolitik und namentlich Eisenbahntarifpolitik wird wahrscheinlich auch im Export über Danzig und Gdingen und damit im Südnordverkehr wieder eine rückläufige Tendenz eintreten. Dann wird sich die willkürliche Abschneidung zahlreicher Ostwestlinien und ein verkehrswirtschaftlicher Unsinn, wie der Abbruch einer der wenigen festen Verbindungen über die Weichsel, der Münsterwalder Brücke bei Marienwerder, noch nachteiliger für das Korridorgebiet, das schon jetzt von dem übersteigerten Südnorddurchgangsverkehr wenig Nutzen zieht, bemerkbar machen.

c) Landstraßen. Schließlich dürfen auch die Landstraßen im modernen Verkehr nicht unterschätzt werden. Die alten Handelsstraßen verliefen, mit einziger Ausnahme der dem Weichseltal folgenden „Bernsteinstraße“ von der Ostsee zum Schwarzen Meer, alle in ost-westlicher Richtung. Die Landstraßen haben seit der Entwicklung des Automobilverkehrs, dessen Wichtigkeit der englische Generalstreik erwies, wieder an

Bedeutung gewonnen. Durch die Schaffung des Korridors ist der gesamte Osten von einer sinngemäßen Entwicklung seines Automobilstraßensystems ausgeschlossen worden.

Kurz, man kann sagen, daß die Schaffung des Korridors verkehrspolitisch die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt hat. Dasselbe gilt aber für das Korridorgebiet auch in allen anderen Beziehungen. Ihm Entwicklungsaussichten zu prophezeien, ist so lange nicht möglich, als in der Behandlung des durch den Korridor geschaffenen Fragenkomplexes die Politik eine beherrschende, alle anderen Erwägungen ausschaltende Rolle spielt. Aus dieser Grundtatsache ergeben sich auch die Fingerzeige dafür, wo eine konstruktive deutsche Außenpolitik einzusetzen hat.

4. *Ansatzpunkte und Aufgaben einer konstruktiven deutschen Außenpolitik.*

Die erste Aufgabe muß sein, die Welt aufzuklären, was es bedeutet, wenn ein kulturell und wirtschaftlich so hochstehendes Gebiet, das eine natürliche Einheit bildete, zerrissen wird und verfällt. Das zweite ist der Nachweis, daß sich derselbe Zweck, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des neuen polnischen Staates zu genügen, auch ohne Schaffung eines territorialen „Korridors" hätte erreichen lassen. Als Unterlage für diesen Nachweis können die Gegenvorschläge der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte dienen. Sie wollten dem neuen polnischen Staat einen „freien und sicheren Zugang zum Meere" gewährleisten durch Einräumung von Freihäfen in Memel, Königs-

berg und Danzig, eines privilegierten (auch in tariflicher Beziehung) Verkehrs auf den von Polen zu diesen Häfen führenden Eisenbahnen und der freien Benutzung aller zur Ostsee führenden Wasserstraßen, insbesondere der Weichsel. Die deutsche Regierung, von der amtliche Vorschläge für eine praktische Lösung der Korridorfrage seit jener Aeußerung der Friedensdelegation nicht mehr ausgegeben worden sind, müßte sich äußern, ob sie noch zu jenen Vorschlägen steht.

Das Wichtigste aber für die Einleitung einer konstruktiven deutschen Außenpolitik gegenüber dem Danzig-Korridor-Problem muß die Erkenntnis sein, daß der Schlüssel dieses Problems nicht in Berlin und Warschau, sondern in Paris und London liegt. Polen selbst hat dafür einmal einen Fingerzeig gegeben, in jenem letzten Manifest des polnischen Aufstandes von 1831, das René Martel in der „Volonté“ kürzlich der Vergessenheit entrissen hat. Dort heißt es: „Wenn Frankreich und England uns heute verlassen und in keiner Weise die Hoffnungen verwirklichen, die sie uns gemacht haben, so wird . . . es gerade die Sympathie, die uns Frankreich und England bewiesen hat, sein, die unseren Untergang verursacht. Wenn diese beiden Mächte von vornherein energisch unsere Forderungen zurückgewiesen hätten, wenn sie uns gesagt hätten: „Wir werden euch nicht helfen!“ so würden wir uns nicht in verhängnisvolle Illusionen haben wiegen lassen, sondern wir hätten dann zu anderen Rettungsmitteln unsere Zuflucht genommen, die vielleicht unseren Erfolg gesichert hätten.“ Polen selbst, so fügt der Franzose hinzu, fordert uns auf, nicht nach 100 Jahren denselben Irrtum von neuem zu begehen.

Druck: Fährmann-Druckerei, Dr. E. B. Zimmermann, Berlin O 34.